

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

9 (20.1.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-891741](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-891741)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM einschließlich Postgeld. Einzelpreis 10 Pf. D. V. XII 33: 580. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth. Hauptverteilung: H. Zirk, Elsfleth, Stellvertreter: Fritz Fromm, Berne. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 5 Pf., Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Pf., Fernruf 390 (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. Schließfach 17

Nr. 9

Elsfleth, Sonnabend, den 20. Januar

1934

Ergebnis der Woche

Frankreichs Saar-Blut

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund und die Weidung aller mit dem Völkerverbund im Zusammenhang stehenden internationalen Konferenzen hat die europäischen Großmächte und nicht zuletzt Frankreich und England in eine recht unangenehme Lage gebracht. Man möchte Deutschland recht wieder an den Verhandlungstisch bringen, um es mitverantwortlich zu machen für alle Entscheidungen, die von diesen internationalen Gremien ausgehen. Die Zurückziehung Deutschlands von der Abrüstungskonferenz, so gehen sie für ihre madtpolitischen Ziele den Franzosen auch kam, hat den Anlaß gegeben, die Rüstungen überall zu verstärken, weil Frankreich nun glaubt, freie Hand zu haben. In diesen Tagen trat nun der Völkerverbund zusammen. Gleich in der ersten vertraulichen Sitzung wurde von Frankreich der von allen Seiten freudig aufgenommene Vorschlag gemacht, Deutschland aufzufordern, zur Besprechung der die Saarfrage betreffenden Programmpunkte in Genf zu erscheinen, um an dieser für Deutschland besonders wichtigen Aussprache teilzunehmen. Man hatte offenbar gehofft, daß die deutsche Regierung, da sie ja formell noch zwei Jahre Mitglied des Völkerverbundes ist, angelehnt der Wichtigkeit der Saarbesprechungen durch Einladung folgen und damit ihren Austrittsbeschluß durchbrechen würde. Deutschland hat aber kurz und entschieden darauf verzichtet, sich in dieses diplomatisch gespannte Netz fangen zu lassen. Es bleibt dem Genfer Kartell fern. Inzwischen hat der Völkerverbund die Mitglieder der Saarregierung für den Rest ihrer vertraglichen Lebensdauer befristet. Wegen dieser Regierungskommission waren von Seiten der Bevölkerung des Saargebietes und auch von Seiten der Presse des In- und Auslandes scharfe Angriffe gerichtet worden, weil sie ihre Treuepflichten aus größtmöglicher Verleumdung und die politische Meinungsbildung der Saarbevölkerung reiflos unterdrückt hat, um der französischen Annexionspropaganda ein zu größerem Spielraum zu geben. Mit der Wiederbestätigung der Saarregierung macht sich der Völkerverbund deren Unterdrückungsmethoden zu eigen und unterstützt jene Maßnahmen, die Frankreichs Einfluß an der Saar stärken sollen. Aus diesem Verhalten des Völkerverbundes lassen sich Schlußfolgerungen auf seine Einstellung in der Saarfrage ziehen. Die Saarregierung erhält freie Hand, und man wird deshalb nach den bisher gelieferten Proben von dieser Seite noch mancherlei Ueberraschungen zu erwarten haben. Spricht doch die französische Presse ganz ungeniert davon, daß der britische Präsident der Saarregierung beabsichtige ähnlich wie seinerzeit in Oberschlesien Abstimungstruppen ins Saargebiet zu legen. Man ist in französischen politischen Kreisen auch der Meinung, daß sich die Möglichkeit bietet, die Saarabstimmung, ganz gleichgültig, wie sie auch ausgeht, ähnlich auszuwerten, wie es seinerzeit bei der ober-schlesischen Abstimmung geschehen ist. Unter diesen Umständen wird man mit einer weiteren Verschärfung des saarpolitischen Kampfes rechnen müssen.

Frankreichs Eintragspolitik

Die Entwicklung der Saarfrage steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der außenpolitischen Lage, wie sie sich durch Paul-Boncour's deutschfeindliche Manöver gestalten mußte. Er hat daher wieder im Senat eine Rede gehalten in der er ziemlich offen seine Genugtuung über die Stiefelung der deutsch-französischen Verhandlungen zum Ausdruck brachte. Er hat ausdrücklich bezeugt, daß die Mittelsbüdnisse Frankreichs mit Polen und der Kleinen Entente keine Förderung erfahren hätten (er sprach allerdings nur von den „Beziehungen“) und erklärte ferner, daß sein Bemühen dahin gehe, den um Deutschland gezogenen Staatenbündel weiter zu verstärken. Mit besonderer Genugtuung sprach er von dem Abschluß eines Balkanpaktes, der der französischen Eintragspolitik entspricht. Den Völkerverbund will er als Instrument in der Verfallenen Form beibehalten wissen, um mit ihm den Raub zu verteidigen, den man in Verfallenen an Deutschland und den Mittelstaaten verübt hat. Daß Paul-Boncour das neue Deutschland nicht verstehen will, ist bei seiner ganzen Einstellung nicht verwunderlich. Für ihn darf es nur ein Deutschland geben, das sich in voller Abhängigkeit von Frankreich befindet. Da er das von dem Deutschland Adolf Hitler nie und nimmer wird erwarten können, deshalb verdächtigt er es und läßt es von General Bourgeois und seinegenen ungerührt verleumdend.

Deutschland beugt sich nicht

Solche Methoden können Deutschland selbstverständlich nicht veranlassen, seinen gradlinigen Weg weiter zu verfolgen. Denn die Tatsache, daß die von Frankreich im Saargebiet ausgehaltenen Emigranten- und Separatistengruppen es wagen dürften, nach Genf eigene „Delegationen“ zu entsenden mit dem Auftrag, Deutschlands Rechtsforderungen zu erschüttern, zeigt nur zu deutlich, welche treibende Kräfte in der Welt am Werke sind. Denn diese Heher erkennen immer mehr, daß sie niemals wieder die Möglichkeit haben werden, ihr verbrecherisches Handwerk in Deutschland selbst auszuüben. Reichsminister Adolf Hitler hat vor wenigen Tagen in Romo einen Rückblick auf die Erfolge der Jahresarbeit des nationalsozialistischen Staates gegeben. Unverrückbar steht das Ziel fest: Volksgemein-

schaft, Arbeitsgemeinschaft, nationale Freiheit, aber auch nationale Ehre. Das loben vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit mit der Schaffung neuer Arbeitsbegriffe in Form der Betriebsgemeinschaften beilegt den letzten Rest marxistischer Zerkleinerungsarbeit. Der Arbeiter, ganz gleichgültig, auf welchem Posten er steht, tritt in ein neues Rechtsverhältnis zur Arbeit und zur Arbeitsstätte. Der Unternehmer übernimmt eine Führerrolle, die ihn gleichzeitig verantwortlich macht für das Wohlergehen seiner Gefolgschaft und für eine gesunde Leitung seines Betriebes zum Besten von Volk und Staat. Auf den Fundamenten, wie sie im Laufe des Jahres für den Neubau des Reiches gelegt worden sind, erheben sich die gemaltigen Säulen des neuen Deutschland, die das Dach tragen, unter welchem alle deutschen Volksgenossen Schutz, Schirm und Recht finden. Dieses Dach, das Vaterland, verjähnt die Macht des neuen Staates, die Volksgemeinschaft. Aus ihr erwächst die neue Kraft, die ihr Recht verteidigt, die Freiheit erkämpft, den Frieden sichert. Sie sollen es alle wissen da draußen, mögen sie sich auch noch so hart in ihren Genfer Beschüssen fügen: Deutschland beugt sich nicht!

Aussprache über die Saar

Ratsitzung am heutigen Freitag.

Genf, 19. Januar.

Aus unterrichteten Völkerverbundkreisen verlautet, daß die Ratsitzung über die Saarfragen unter Umständen schon am heutigen Freitagabend stattfinden wird. Sie wird sehr wahrscheinlich öffentlich sein. Vorausichtlich wird man sich bei der Aussprache auf die Fragen beschränken, die unmittelbar mit dem eigentlichen Thema der Abstimmung zusammenhängen und eine allgemeine Aussprache, wie sie von gemisser Seite gewünscht wird, zu vermeiden suchen. Es besteht die Absicht, bei dieser Gelegenheit auch den Präsidenten der Regierungskommission, Knog, um seine Meinung zu befragen.

Kein Vertrauen zur Regierungskommission

Zur Wiederwahl der Regierungskommission schreibt die „Saarbrücker Zeitung“ u. a.: Die Bevölkerung des Saargebietes ist nicht in der Lage, das Vertrauen, das der Regierungskommission mit der Wiederwahl ausgesprochen wurde, von sich aus zu bestätigen. Sie kann sich noch weniger dem Dank anschließen, den der Völkerverbund zum Ausdruck gebracht hat.

Die Erfahrungen im letzten Jahre zwingen sie vielmehr dazu, die Regierungskommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit aller gebotenen Deutlichkeit und Ehrlichkeit innerlich abzulehnen. Sie wird und kann in Gefühl und Begegnung mit der neu bestellten Regierungskommission nichts gemeinsam haben, sie steht ihr fremd und in geschlossener Abwehr gegenüber.

Paris ist wütend

Die ablehnende deutsche Antwort, sich in Genf auf eine Saar-Erörterung einzulassen, ist der französischen Öffentlichkeit nicht unerwartet gekommen. Nichtsdestoweniger wird die deutsche Haltung von der Pariser Presse scharf angegriffen. Der Genfer Berichterstatter des „Matin“ erklärt, Deutschland bringe sich wieder in die Lage, in der es sich z. B. 1921 befunden habe, als ohne sein Beistehen die Ausführlingsbestimmungen für die Abstimmungen in Oberschlesien festgelegt wurden. Das Saar-Drama selbst, fährt der Berichterstatter fort, spiele sich in den Wandlungen in Genf ab, wo sich die beiden wilden Gegner Kösting und Max Braun begegneten.

Der Pariser Reuter-Reporter befragte Sir John Simon während seines kurzen Aufenthaltes in Paris über das Saarproblem. Der britische Staatssekretär des Äußeren erwiderte: „Ich bedauere sehr, aber ich kann nichts sagen. Ich habe darüber nur aus finkter Hand erfahren und bin jetzt im Begriffe, mir einiges aus erster Hand zu verschaffen.“

Zür vernünftige Saarpolitik

„Daily Telegraph“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Saarfrage. Das Blatt gibt zu, daß über das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet kein Zweifel bestehe. Es sei sicher, daß sich, wie auch die Abstimmung geregelt werde, eine überwältigende Mehrheit für die Rückkehr zu Deutschland erklären werde.

Dies werde nichtsdesto weniger bestritten, und da die Saar die einzige unerledigte Gebietsfrage zwischen Frankreich und Deutschland bilde, sei es ein Gebot der Klugheit, sie so bald wie möglich aus dem Wege zu schaffen.

„Daily Telegraph“ hält es deshalb auch für ausgeschlossen, daß der Völkerverbund dem Erudum marxistischer und separatistischer Kreise um Aufschub der Volksabstimmung stattgeben werde. Die Frage der Durchführung der Volksabstimmung und der Aufrechterhaltung der Ordnung würden von dem Ausschuss entschieden werden, den der Völkerverbund ernennen werde; das Gerede über Entsendung fremder Truppen sei nicht nur verfrüht, sondern auch höchst tadelswert.

Wieder Abrüstungsgelpräche

Der englische Außenminister Sir John Simon und der französische Außenminister Paul-Boncour sind zusammen in Genf eingetroffen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, war bereits am Vortage angekommen. Man nimmt in Völkerverbundkreisen an, daß nimmermehr die Verhandlungen über die Abrüstungsfragen, wobei es sich allerdings vorläufig nur um die Termine für die Einberufung des Präsidiums und später des Hauptausschusses handelt, wieder lebhafter einleiten werden.

Italienisch-österreichische Aussprache

Unterstaatssekretär Suvich in Wien.

Der italienische Unterstaatssekretär des Äußeren Suvich ist zu einem offiziellen Besuch bei der österreichischen Regierung in Wien eingetroffen.

Auf dem Bahnhof hatten sich Bundeskanzler Dollfuß, die Mitglieder der Regierung und Vertreter der Militär- und Zivilbehörden zum Empfang eingefunden. Nach der Begrüßung und dem Abschieden der Ehrenwache begab sich Unterstaatssekretär Suvich in das Hotel.

Während des Eintreffens des italienischen Staatssekretärs gingen in der Nähe des Südbahnhofs zwei Papierbölder hoch, die weiter keinen Schaden anrichteten. Von einem in der Nähe des Südbahnhofs gelegenen Hotelbau wurden mit einem Wurfgeschloß fünf Fensterscheiben in der Richtung des Südbahnhofs abgefallen. Bei den außerordentlich strengen Abwehrmaßnahmen, die die Polizei auf der ganzen Linie der Abfahrt des Staatssekretärs vom Südbahnhof zu seinem Hotel vorgenommen hatte, wurde eine Reihe von Personen verhaftet. Die Polizei hat weiter ungewöhnlich strenge Sicherungsmaßnahmen getroffen, um alle Kundgebungen während der Anwesenheit des italienischen Staatssekretärs zu verhindern.

Suvich hat dem Bundespräsidenten Miklas und dem Bundeskanzler Dollfuß den üblichen offiziellen Besuch abgestattet, der sodann vom Rabinetsdirektor des Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler Dollfuß im Hotel Imperial erwidert wurde.

Zu den Programmpunkten der Aussprache gehören, wie verlautet, wirtschaftspolitische Fragen: die Förderung der italienischen Waren- und Fruchtausfuhr nach Oesterreich sowie die Ausfuhr österreichischer Agrar-, Holz- und Industrieerzeugnisse nach Italien, die Errichtung einer Freihandelszone für Oesterreich in Triest und darüber hinaus die Regelung der wirtschaftspolitischen Fragen in Mitteleuropa auf Grund der italienischen Denkschrift vom 28. September v. J.

Was sagt Starhemberg dazu?

Landesführer Alberti wehrt sich.

Wien, 19. Januar.

Der von seiner Stelle als Landesführer des Niederösterreichischen Heimatschutzes zurückgetretene Graf Alberti erläßt als Antwort auf den Aufruf und Befehl des Bundesführers Starhemberg einen Aufruf an die Kameraden im niederösterreichischen Heimatschutz. Alberti wehrt sich gegen den ihm gemachten Vorwurf des Verrats. Seine Austritt vom Posten der Landesführerstelle sei nicht aus seinem Schuldbewußtsein heraus erfolgt, sondern wegen seiner Verhaftung. Er habe dadurch dem Bundesführer und dem Heimatschutz entgegenkommen wollen. Alberti sagt dann: Bevor ich in der Nacht zum 13. zu der ganz überrassend festgelegten Zusammenkunft ging, wurde dies mit einem Schreiben dem Bundesführer mitgeteilt, der dieses allerdings erst verpörrt erhielt.

Jedem die Absicht, durch diese Besprechung hinter dem Rücken des Bundesführers etwas zu unternehmen, kann darin in um so weniger und deshalb nicht gesehen werden, weil ich bereits seit einiger Zeit die Führungsnahme mit den Nationalsozialisten mit Wissen und Billigung des Bundesführers aufgenommen habe und dem Bundesführer darüber jeweils berichtet.

In dem Aufruf werden dann die in dem Befehl Starhembergs Alberti gemachten Vorwürfe zurückgewiesen und festgestellt, daß er, Alberti, von der Landesführerstelle in der Annahme zurückgetreten sei, daß zwischen dem Bundesführer und ihm volle Klarheit und volles Einverständnis herrsche. Da der Bundesführer nun aber behauptet, er, Alberti, habe eine Schuld auf sich geladen, falls für ihn der Grund eines Austritts solange weg, als die Schuld nicht bewiesen sei, Alberti verlangt dann die sofortige Einleitung der ihm zugelegten Untersuchung durch eine Kommission niederösterreichischer Heimatschutzführer. Der Aufruf schließt mit der Versicherung Albertis, daß er den niederösterreichischen Heimatschutz niemals den Nationalsozialisten habe ausliefern wollen.

Massenverhaftungen in Oesterreich

Gegen das Bandhaus in Linz, den Sitz der oberösterreichischen Landesregierung, wo auch die Kängelen des neuernannten Sicherheitsdirektors Freisner von Hammerstein untergebracht sind, wurde abends von unbekanntem Tätern ein Papierbölder geworfen. Durch die Explosion wurde

eine Reihe von Fensterbänken zertrümmert. Dagegen die von Polizei und Kriminalbeamten vorgenommenen zahlreichsten Hausdurchsuchungen bei vermeintlichen Mitgliedern der aufgelösten NSDAP, in allen Fällen ergebnislos verliefen, wurden gegen 30 Verhaftungen vorgenommen, wobei festgestellt werden muß, daß die Verhafteten mit dem Anschlag nicht nur in keinerlei Verbindung stehen, sondern daß ihnen auch nicht einmal eine Verbindung mit der NSDAP nachgewiesen werden konnte; sie stehen lediglich im Verdacht nationaler Gesinnung.

Polizei-Schikanen gegen Innsbrucker Studenten

Aus Anlaß des Reichsgründungstages waren im deutschen Konsulat in Innsbruck, an dem auch die schwarz-weiße und die SA-Funkgruppen angeheftet waren, Empfangslisten ausgelegt, in die sich zahlreiche Personen eintrugen. Mittags zog die nationale Studentenschaft zum Sibirierplatz, wo sich das Konsulat befindet, um sich ebenfalls in die Listen einzutragen. Vor der Eintragung auf den Sibirierplatz wurde den Studenten jedoch von Polizeileuten der Weitzergasse verwehrt. Unter Mithilfe des Viebes-Burischen herausgehört die Studenten um und riefen „Heil Hitler!“ und „Defertreich erwidelt!“

Nun drang die Polizei mit blankem Säbel und mit dem Gummiknüppel auf die Studenten ein. Die Zusammenstöße, die teilweise blutigen Charakter annehmen, setzten sich auch in anderen Straßen fort. Zahlreiche Angehörige der Studentenschaft wurden verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

Die Emigranten-Verfügung

Der Leiter der Geheimen Staatspolizei über ihre Bedeutung.

Der Inspektor der Geheimen Staatspolizei, Geheimministerialrat Diels, gab einem Pressevertreter bemerkenswerte Erklärungen über die Bedeutung des neuen Emigrantenverlasses des preussischen Ministerpräsidenten ab. Der Erlass bezwecke, die durch die kürzlich erfolgte Aufhebung des Sichtermerks entzündende Gefahr einer völlig unregelmäßigen Emigrantenrückwanderung abzuwenden und das Eindringen unläuterer und staatsfeindlicher Elemente sowie einen etwaigen Pöbelverkehr im Dienste der Propaganda im Auslande zu verhindern. Denjenigen Persönlichkeiten jedoch, die lediglich aus Überergriffenheit undgerade die Flucht ergreifen und sich im Auslande ohne staats- und staatsfeindliche Betätigung aufgehalten hätten, wolle der Erlass die Möglichkeit einer Rückkehr in das Vaterland eröffnen, jedoch bestünde für sie die Verpflichtung, einen unabweisbaren und ausreichenden Beweis dafür zu erbringen, daß sie der Sympathie der übrigen Emigranten tatkräftig und als gute Deutsche entgegengetreten seien. Der Leiter der Geheimen Staatspolizei wendet sich gegen die Darstellung des Erlasses durch einen Teil der Presse, die dazu angeht gewesen sei, dem wirklichen Zweck des Erlasses einen falschen Sinn zu unterlegen.

Die dadurch bei ihren Volksgenossen entzündende Befürchtung, daß die Emigranten jetzt etwa in Scharen zurückkehren würden, sei völlig unbegründet. In denjenigen, denen es mit einer Heimkehr erst jetzt würde, der Beweis eines tatkräftigen Eintretens für die Interessen ihres Heimatlandes nicht leicht gemacht, denn jeder Emigrant stände im Verdacht, an der Grenzpropaganda im Auslande beteiligt zu sein, und jeder der Flüchtlinge habe allein durch die Tatsache seiner Flucht den Feinden Deutschlands ein Argument zur Verleumdung in die Hände gespielt. Bis jetzt sei trotz einer großen Zahl eingelaufener Anträge noch in keinem Falle ein solcher Beweis gelungen. Keiner der Geflohenen solle sich einbilden, daß seine etwaige staatsfeindliche Betätigung der Geheimen Staatspolizei unbekannt geblieben wäre. Die Geheimen Staatspolizei sei vielmehr über jeden einzelnen der Emigranten, der sich auch nur das geringste habe zuschulden kommen lassen, auf das genaueste informiert.

Gegen Gerüchtmacher und Denunzianten

Ministerialrat Diels erklärte weiter, das besondere Interesse seines Amtes sei vor allem auch darauf gerichtet, mit allen Mitteln gegen die Gerüchtmacher und Denunzianten, der sich verdeckte Wähler gegen nationalsozialistische Programmpunkte und Einrichtungen in der letzten Zeit befestigten, vorzugehen. Besonders der stillen Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiete bleibe man händig auf der Spur.

Genauestens beachtet werde auch die lärmende Gerüchtmacherei, die sich manche Narrer der evanangelischen wie des

katholischen Kirche angelegen sein ließen, da es den Interessen des nationalsozialistischen Staates zuwiderliefe, seine Gutmütigkeit allzulange mißbrauchen zu lassen. Auch wenigstens dann, wenn unter dem Deckmantel theologischer Streitigkeiten eine spitzfindige und hoshafte Kritik am Nationalsozialismus geübt werde. Weiter werde darauf geachtet, daß die monarchistischen Bestrebungen nicht zu einem Unterbruch für marxistische und reaktionäre Absichten würden.

Zum Schluß erklärte der Leiter der Geheimen Staatspolizei, daß alle staatlichen Maßnahmen die Erziehung des Volkes im Sinne des Nationalsozialismus und besonders die Selbsterziehung der Nationalsozialisten keineswegs überflüssig machen könnten.

Der 18. Januar

Feiern in der Reichshauptstadt.

Anlässlich der 63. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung hatten die Dienstgebäude Preußens und der Stadt flaggen gefeiert. Bereits in den frühen Morgenstunden hatte eine Reihe von politischen Verbänden und Kriegervereinen am Denkmal Bismarcks vor dem Reichstag und am Nationaldenkmal dem Denkmal des ersten Kaisers Kränze niedergelegt.

Um 12 Uhr zog die Wache des Wachregiments in Stärke einer Kompanie vor dem Ehrenmal Unter den Linden auf wo das Musikkorps das Deutschland- und Hort-Wesellied intonierte, das die nach Tausenden jählende Zuschauermenge mit erhobenem Arm mitlang, während die Truppe das Gewehr präparierte.

Den Höhepunkt der Feiern bildete der Festakt in der Universität. Zu der Feier waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Wehrmacht, der Polizei und der nationalsozialistischen Verbände erschienen. Unter den Klängen des Triumph-Marsches von Beethoven vollzog sich der Einmarsch der Professoren, die feierlichen Ornat trugen. Den Festvortrag hielt Prof. Baumler. Der Tag von Versailles, so führte er aus, sei früher der höchste Festtag im Vorkriegsdeutschland gewesen. In den letzten Jahren aber habe er im Schatten eines anderen Versailles gestanden.

An die Stelle Bismarcks sei nunmehr Adolf Hitler getreten. Auch er sei von vielen als der Bewirker eines Einheitsstaumes betrachtet worden. Kein anderer Tag fordere so zum Nachdenken über die Mission Adolf Hitlers auf, wie gerade der 18. Januar. Die großen geschichtlichen Ereignisse seien nicht das Ergebnis unzähliger Einzelhandlungen, sondern sie seien genäpft an die Heiligkeit und Kraft einzelner Großer. Das Bismarck und Hitler heraushebe, sei ihr einzigartiges Verhältnis zum Schicksal, das aus der Größe ihres Charakters entspringe.

Das Deutschland- und das Hort-Wesellied beschloßen den Festakt. Auch an der Handelshochschule, an der Tierärztlichen Hochschule und an der Landwirtschaftlichen Hochschule wurde der Reichsgründungstag feierlich begangen.

Nationalsozialismus und Wehrmacht

Dr. Goebbels in der Artilleriehochschule Jüterbog.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, traf zu einem Vortrag vor der Garnison in Jüterbog ein. SS- und SA-Offiziere, Ehrensturm geführt. Das Offizierskorps der Artilleriehochschule Jüterbog, an der Spitze die Generale Grün und Schlegel, empfingen den Minister. Als Vertreter der NSDAP, Landrat Hirz, Gebietsinspektor Tittmann-Treuenbriegen, Stadtverordnetenortsführer Kornmaul und Beigeordneterortsführer Dr. Richter-Jüterbog.

Anschließend sprach der Reichsminister, einem Wunsche des Reichswehrministers folgend, zu dem Offizierskorps und den Schülern der Artilleriehochschule. Seine Rede wurde über Lautsprecher auf zwei Reichshallen, die dicht besetzt waren, übertragen. In 1½stündiger Rede entwidmete der Reichsminister die nationalsozialistische Weltanschauung. Er wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Revolution eine Revolution von unten sei und daher vom Volk getragen werde.

Man habe vorher Versuche gemacht, eine Revolution von oben einzuleiten, jedoch habe eine solche Revolution, weil sie nicht im Volk verankert sei, keine Aussicht auf einen Dauererfolg gehabt. Der Nationalsozialismus sei eine Revolution der Weltanschauung. Der Reichsminister betonte weiter die selbstverständliche Verbundenheit der tragenden

Wochen des neuen Staates mit den Grundgedanken der Wehrmacht.

Der Reichsminister begab sich sodann zu den Reichshallen, wo er an die dort versammelten Unteroffiziere und Mannschaften einige Worte richtete. Die Rede des Ministers wurde überall mit großem Beifall aufgenommen.

In seiner Eröfnerrede betonte der General Grün, daß jeder Soldat gern bereit sei, für die Politik, die der Reichsminister im Auftrag des Führers vorgezeichnet habe, mit ganzem Herzen einzutreten.

Gegen die Reaktion

Jeffstellungen des Staatsrates Götlicher

Berlin, 18. Januar.

In einer Versammlung des Reichsbundes der Beamten im neuen Schönberger Rathaus sprach Staatsrat Götlicher. Er führte dabei u. a. aus: Die Reaktion, wie sie sich in Freimaurerlogen und gewissen Beamtenkreisen zusammenfindet, glaubt, die Zeit sei gekommen, durch passiven Widerstand etwas gegen den verhassten Nationalsozialismus zu unternehmen. Es gibt Anstrebungen, wo man versucht, die neuen Gesetze abzugeben, wo aber überhaupt nicht auszuführen und die Absichten der Führer den Volksgenossen zu vermitteln. Da jede Volksgenosse die Gesetze nach dem beurteilt, wie für ihn lebendig werden, können wir derartige nicht durchgehende lassen. Wenn die Beamtenschaft sich nicht der nationalsozialistischen Führung unterwirft, pränotiert sie ein neues Beamtengesetz, das nicht notwendig wäre, wenn ein Teil der Beamtenschaft aus Vorzug oder Schwerfälligkeit nicht die neuen Gesetze labortierte.

In den gleichen Kreisen grassiert in den letzten Wochen eine ganz neue Krankheit. Man hat es in Sportpalast für richtig befunden, einen Kurs zu machen. „Hitler hat manches geleistet, aber er soll uns unseren Kaiser Wilhelm holen“. Ich halte es weder für lebenswichtig für uns noch für ihn, daß der hohe Herr nach Deutschland zurückkehrt. Aber es ist ebenfalls verfehlt, uns zu empfehlen, ihn zurückzuführen, um das zu leisten, was Hitler nicht geleistet hat. Wenn nun schwungvolle Kaiser-Wilhelm-Geburtsstagejahren veranlaßt werden und zu Sammlungen für den Kaiserabend aufgefördert wird, damit von Doorn aus für die Notleidenden gefordert werde, die von uns übersehen seien, dann ist das Sabotage am deutschen Volk und nicht nur am Nationalsozialismus. Wir verbiten es uns auch, wenn der hohe Herr in Doorn in einem Brief schreibt, man möge dafür tätig sein, daß Deutschland durch die Rückkehr zur Monarchie endlich wieder glücklich werde. Wir werden die Menschen, die sich zu Trägern solcher Versuche machen, genau so behandeln wie die anderen, die glauben, für Moskauer Propaganda machen zu dürfen. Sie sind noch gefährlicher als die Leute, die an die Intellektuellen herantommen und uns brauchbare Leute für unsere Mitarbeit megmehren.

Die Staatsform ist für uns Nationalsozialisten ja egal. Man solle es aber unterlassen, durch solche Wachen, wie sie unternommen werden, unsere Arbeit zu fördern. Ich beürdige von diesen Dingen keine Gefährdung von Formalität, die nationalsozialistische Bewegung. Aber es ist unehrlich, die Augen auszuwischen, und wir tragen dem Führer gegenüber die Verantwortung für die Entscheidung. Der Beamtenschaft, die nicht treuhaft zu uns steht, möchte ich noch sagen, es hat keinen Zweck für sie, zu tun, als gebe es keine nationalsozialistische Regierung. Wir verlangen praktische Arbeit für den Nationalsozialismus von ihnen. Wir wollen erreichen, daß Hitler Deutschland gradt so fest in der Hand hat wie die Partei, und wir werden auch erreichen, daß Deutschland wieder vorbildlich in der Welt dasteht.

Vermögensbejchlagnahme bei Volksverführern.

Das Geheimen Staatspolizeiamt hat auf Grund des Gesetzes über die Einziehung staats- und volksfeindlichen Vermögens die Einziehung einer Reihe von Vermögenswerten gesüchteter Marxisten und marxistischer Organisationen verfügt. U. a. sind auch die Vermögensgegenstände des früheren SPD-Führers Otto Weiss eingezogen worden, der in Friedrichshagen bei Berlin eine Villa bewohnte. Ferner wurden eingezogen Vermögensgegenstände des berühmten „Kritikers“ Alfred Kerr, des Vorsitzenden des ehemaligen Rotfrontkämpferbundes, Willi Geom, der früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Frau Wurm und des jüdischen Schriftstellers Arnold Zweig.



„Wie heißt der — der Herr?“ fragte Achim von Malten.
Auguste begriff nicht, warum der eben noch ziemlich ruhige Mann mit einem Male vollständig verwandelt war. Seine Augen sahen fast drohend aus.
Sie wiederholte den Namen langsam und deutlich.
Er nickte.
„Gut, liebe Auguste. Ich danke Ihnen. Ich bitte Sie nur, über das, was Sie von Wolner erfahren, zunächst zu keinem Menschen zu sprechen, auch zu meiner Mutter nicht, und Wolner ebenfalls um Schweigen zu bitten. Ich beachtliche, die Sache zu unterzuden.“
Auguste nickte eifrig.
„Wir Schweigen, Herr von Malten — verlassen Sie sich darauf.“
Nachdem Auguste gegangen war, zog Achim von Malten eine dicke Zoppe an und setzte den alten Jagdhut auf. Er verprüfte Sebnudst noch frischer Lust. Die Neugierde verwirrte ihn, schien ihm ungläublich. Der frühere Besitzer des Kleeblattes, nach dem der Kommissar suchen lassen wollte, wohnte so nahe, und Roberta kannte ihn? Ihr sollte er zugerufen haben: „Ich lasse dich nicht, solange ich leben komme! Ich bin unglücklich, dann siehst du dich mit hinein!“ ... Ungläublich war das!
Er erinnerte sich aber, wie er sich Roberta beim Besen des Pariser Briefes geworden, und erkannte jetzt, daß sie das Kleeblatt abhichtlich hatte beiseite bringen wollen, als sie behauptete, sie hätte es ihm zurückgegeben. Ihm war es, als sähe er etwas Unheimliches, Graufiges vor sich, was er nur ahnte, doch nicht klar begriff.
Er benutzte den kleinen Ausgang des linken Schloß-

flügels und wollte einen Spaziergang durch den Park machen. Draußen würde sein Kopf klarer werden. Er hatte, der späten Stunde wegen, eine kleine elektrische Taschenlampe und seinen Revolver eingesteckt.
Langsam wanderte er durch den Park, seine Gedanken nahmen ihn dabei fast in Anspruch. So erreichte er den sogenannten Gartenjaal. Das war ein staches, einstöckiges Gebäude, das früher im Sommer für Festlichkeiten benutzt wurde. Jetzt geschah das schon seit Jahren nicht mehr.
Er stuzte plötzlich. Ihm war es, als wenn er ein Geräusch hörte. Er blieb stehen. Das Geräusch wiederholte sich abermals.
Er schlich vorwärts und ließ vorsichtig den Lichtegel seiner Taschenlampe umherspielen. Vor Verblüffung blieb er plötzlich wieder stehen. Dort hinter dem Gartenjaal gewahrt er ein weißes Pferd. Er atmete gepreßt; ein bläuliches Grauen war wohl auch dabei, denn er dachte, es mußte das Pferd sein, das die weiße Reiterin immer benutzte, das Spurzpferd. Er schüttelte den Schreck ab, betrachtete das Pferd. Es war sehr kräftig gebaut und sah aus wie ein beliebiges gut gehaltenes, lebendiges Pferd. Von Spurz keine Spur.
Er schob sich bis an den Gartenjaal heran, und als er das Ohr an die Tür legte, vernahm er drinnen leises Nicken.
Es war Robertas Stimme, die er hörte; doch verstand er keine Silbe.
Was ging hier im Gartenjaal vor? Und bejaß er nicht ein Recht, sich davon zu überzeugen? Er drückte das Ohr noch fester an die Türspalte, und nachdem sich sein Gehör an das Klammern da drinnen gewöhnt, verstand er deutlich die Worte:
„Morgen früh, ganz früh, reise ich bestimmt! Verlaß dich darauf! Aber ich konnte nicht fort, es ging über meine Kraft. Du mußt dich noch ein einziges Mal sehen, Liebste, sonst hätte ich wahrscheinlich nicht noch einmal die weiße Reiterin gespielt. Zum letzten Male!“
„Ja, zum letzten Male!“
Ohne zu überlegen, hatte Achim von Malten die Tür

aufgerissen und stand nun, in der eroberten Rechten den Revolver, vor dem eng umschlungenen Paare, das sich jetzt lächelte.
Vern Bruffat wollte mit der einen Hand in die Tasche fahren, doch Malten kommandierte laut:
„Hände hoch! Und nicht von der Stelle gerührt, ihr beiden!“
Vier Hände flogen hoch.
Achim von Malten sah ein großes weißes Kissen, das lässig über einen Stuhl geworfen war und spitzelte:
„Da liegt das Kleid der weißen Reiterin! Ich irre wohl nicht, in Ihnen herrn Vern Bruffat begrüßen zu können, und bitte Sie jetzt, mir keine Schwierigkeiten beim Transport ins Schloß zu bereiten.“
Roberta hatte sich von ihrem grenzenlosen Schreck etwas erholt.
„Daß dir erklären, Achim, wie harmlos alles ist!“ ba sie ihn.
Er schrie sie an:
„Das dürfen Sie morgen der Polizei erklären. Ich habe das Gefühl, Kommissar Wurmman wird viel Interesse für Sie beide haben.“
Roberta war außer sich. Sie sah keine Rettung mehr alles schien verloren. Sie bäumte sich dagegen auf, und in ihrer furchtbaren, alle Dämme überflutenden Wut, schlug sie Vern Bruffat kräftig ins Gesicht. Und was für ein Schlag! Vern Bruffat schrie auf, er schlug wieder; aber mit seiner linken Hand war er im Nachteil.
Der Anblick war unarmherzig häßlich.
Und so etwas hätte ich beinahe geheiratet!, dachte Achim von Malten entsetzt und betrachtete Roberta mit tiefer Absehen.
Sie benahm sich jetzt wie eine Furie, schlug sinnlos auf Bruffat ein, schien stärker als er.
Die Tür sprang auf. Der Nachtmacher des Gutes, der seinen Rundgang heute, was er sonst nie tat, bis in den Park ausgedehnt, weil er dort verdächtige Geräusche gehört zu haben glaubte, stand in der Tür, neben ihm sein großer Wolfshund.
(Fortsetzung folgt.)

Nur innerdienstliche Anweisung

Zur Meldepflicht österreichischer Staatsangehöriger.

Durch die Abendpresse vom 17. Januar ist die Mitteilung verbreitet worden, daß einzelne Landesregierungen Anordnungen über eine besondere Meldepflicht der in Deutschland lebenden österreichischen Staatsangehörigen getroffen haben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen teilt der Reichsminister des Innern fest, daß es sich lediglich um eine innerdienstliche Anweisung an die Polizeibehörden handelt, durch die auf Grund der vorhandenen Nachweisungen die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen in Deutschland ermittelt werden soll. Etwas darüber hinausgehende besondere Anordnungen örtlicher Behörden wurden entsprechend berichtigt.

Chautemps vor dem Senat

Frankreichs „Beunruhigung“ über Deutschlands Politik.
Paris, 19. Januar.

Im Rahmen der außenpolitischen Aussprache im französischen Senat suchte Ministerpräsident Chautemps in einer großen Rede die Ergebnisse der französischen Politik zu rechtfertigen.

Man habe, so erklärte Chautemps, Dinge über die deutsche Innenpolitik vorgetragen; Frankreich aber habe zu große Achtung vor allen anderen Völkern, als daß es sich in die innerpolitischen Angelegenheiten seiner Nachbarn einmische. Es verstehe nichtsdestoweniger die Beunruhigung, die diese Politik auslösen könne.

Der plötzliche Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sei ungerechtfertigt. Frankreich habe so viele Zugeständnisse gemacht, um seinen Friedenswillen zu bekunden, Frankreich habe außerdem niemals daran gedacht, einem so großen Lande mit so glorreicher Vergangenheit, das mit seinem großen Genie dem internationalen Leben viel Nutzen bringen könnte, im Rahmen der anderen Völker den Platz zu verwehren, der ihm zukomme. Da aber Deutschland plötzlich den Völkerbund verlassen habe, und gerade in dem Augenblick, als ein Abrüstungsorschlag eingebracht worden sei, mit dem sich fast sämtliche Staaten einverstanden erklärten, könne man nicht überfordern, daß diese Haltung in der ganzen Welt, und besonders in Frankreich Beunruhigung auslöset habe.

Zur Abrüstungsfrage erklärte Chautemps, es habe niemals in der Politik Frankreichs gelegen, seine Macht gegenüber einem Lande, das aufträte, zu schwächen. Es befänden keine Gegensätze zwischen einer Politik der nationalen Verteidigung und der internationalen Zusammenarbeit. Auf die Ausführungen Roosevelts könne er im Namen des französischen Volkes antworten, daß Frankreich niemals einen Angriffskrieg führen werde, und seinen Zentimeter fremden Landes fordere. Wenn alle Staaten die gleiche Verpflichtung übernähmen, wäre der Frieden gesichert.

Herriot habe in einer seiner Reden erklärt, daß Frankreich den ganzen Völkerbundspakt und nur den Völkerbundspakt wünsch. Die französische Regierung bleibe dieser Auffassung treu. Der Völkerbund sei bisher nicht vollkommen, aber Frankreich könne nur solche Reformen annehmen, die die internationale Zusammenarbeit fördern, niemals aber eine Art Diktatorium.

Auf die deutsch-französischen Besprechungen an anschließend, erklärte Chautemps, man habe „mit einiger Romantik“ von direkten Verhandlungen gesprochen und versucht, sie dem Grundgedanken des Völkerbundes gegenüberzustellen. Das treffe nicht zu, denn die Fragen, die mit Deutschland aufgeworfen worden seien, gingen sämtliche Länder an.

Diese Verhandlungen könnten auch nicht fortgesetzt werden, wenn sie auf die Wiederanfassung hinausführen sollten, denn derartige Zugeständnisse würden notgedrungen zum bewaffneten Frieden führen und damit in Widerspruch zu den Grundgedanken des Völkerbundes stehen.

Vertrauensvotum für Chautemps

Der Senat hat im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten der Regierung für ihre Außenpolitik mit 257 gegen 3 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Zumultigkeiten in der Kammer

Die Interpellation des rechtsgerichteten Abgeordneten Herriot über die gerichtliche Untersuchung des Falles Stavisky verurteilte in der französischen Kammer einen wahren Sturm. In dem Getöse der Reden, den Zwischenrufen und dem Klatschen der Abgeordneten, mit dem sie ihre jeweils sprechenden Bemerkungen zu unterstützen versuchten, verhallte sogar die Glocke des Präsidenten. Es gab eine erregte Auseinandersetzung zwischen dem Interpellanten und dem Finanzminister. Immer wieder griffen einzelne Abgeordnete von ihren Bänken in die Ausführungen Herriots ein. In dem Hin und Her zwischen rechts und links war minutenlang kein Wort zu verstehen, so daß der Kammerpräsident schließlich die Sitzung abbrach.

Brand in einer nordböhmischen Kohlengrube. Auf der der Böhmisches Kohlenindustrie A.G. gehörenden Andreas-Grube Trupshub bei Komotau brannten der Förderturm, die Sortieranlage und die Verladeeinrichtung aus bisher unbekannter Ursache ab. Der Schaden wird auf eine halbe Million Kronen geschätzt. Verletzte wurden nicht verletzt, da der Brand zu einer Zeit entfiand, wo auf der Grube nicht gearbeitet wurde.

Betrügereien in Lübeck. Auf Grund vieler Anzeigen und Beschwerden über die Spar- und Darlehens-Gesellschaft „Lubeca“ wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der Geschäftsbetrieb dieses Unternehmens einer eingehenden Prüfung unterzogen. Diese ergab so schwerwiegende Verdachtsmomente irrtümlicher Handlungen, daß das Polizeiamt gegen die beiden Geschäftsführer und Gesellschaftler, Gebroder Schulz, die Schuppert verhängte.

Eisenbahnunfall. — Ein Leichtverletzter. Auf dem Bahnhof Rödau (Sachsen) wurden durch eine Verschiebung der Lokomotive zwei leere Wagen, die dem abfahrbereiten D-Zug D 74 nach Chemnitz mitgegeben werden sollten, zu stark angelegt. Durch den Anprall wurden elf Reisende leicht verletzt.

Schneesturm im Riesengebirge. Am Riesengebirge und im Hirschberger Tal legte am Donnerstag ein heftiger Schneesturm ein, der an vielen Stellen Schaden anrichtete. Auf den Gebirgsstraßen und im Hodgegebiet wurde der Schnee bis zu drei Meter hoch zusammengehäuft. Auf den Straßen war der Verkehr sehr erschwert, teilweise unmöglich. Der Verkehrswagen Krummhübel-Brüdenberg blieb im Schnee stecken.



Opfer für Deutschlands Herz, die deutsche Familie!

Die Familie Kallikat

Nachdenkliches zum Sterilisationsgesetz

Ein amerikanischer Gelehrter Dr. phil. Herbert Goddard, Leiter eines Forschungsinstituts zum Studium des Schwachsinnes, veröffentlichte im Jahre 1912 zum ersten Male die Familiengeschichte des Kallikat. Dieser Name ist ein frei erfundener Name für die Nachkommen eines Mannes, der mit einer Schwachsinningen einen schwachsinigen Sohn zeugte, später mit einer gefundenen Frau fünf gesunde Kinder. Von dem einen schwachsinigen Kallikat 480 minderwertige, von den fünf normalen Söhnen 496 hochwertige Urentel und Nachkommen ab. Diese hochinteressante Familiengeschichte hat jetzt der Verlag Hermann Beyer & Söhne in Vangenshagen in der Reihe seiner Schriften zur politischen Bildung in der einzig berechtigten deutschen Uebersetzung neu herausgegeben. Im Hinblick auf das soeben in Kraft getretene Sterilisationsgesetz ist ein Studium dieses kleinen Buches „Die Familie Kallikat“ außerordentlich lehrreich und aktuell.

Wir zitieren Ihnen aus diesem Buche aus dem 6. Kapitel heute folgenden Absatz:

Schwachsin ist vererblich und wird ebenso sicher wie irgendeine andere Eigenschaft übertragen. Wir können uns mit diesen Zuständen nicht eher erfolgreich abfinden, als bis wir den Schwachsinningen und seine erbliche Natur erkennen, möglichst frühzeitig erkennen, und für ihn sorgen.

Die Sterilisation kann als ein Hilfsmittel gelten, dieses Problem zu lösen, weil die Zustände so unerträglich geworden sind.

Wir haben hier also ein natürliches Experiment mit einem normalen Zweig, mit dem wir unsere defekte Linie vergleichen können. Wir haben den einen Vorfahren, den Ahnherrn einer Linie normaler Menschen, die sich bisher alle Generationen hindurch tüchtig erwiesen haben. Das ist unsere Norm, unsere Regel, unser Maßstab dafür, wie sich das Blut der Familie Kallikat verhält, wenn es rein gehalten wird, oder wenn es sich mit Blut von gleich guter Qualität mischt. Daneben haben wir die schlechte Linie, das Blut derselben Vorfahren verunreinigt durch das des namenlos schwachsinigen Mädchens. Es ist dem Biologen kaum möglich, ein sorgfältigeres Experiment als dieses vorzubereiten und durchzuführen, oder ein solches, aus dem unanfechtbarer Schlüsse als aus diesem zu ziehen wären.

Die Familie Kallikat bietet ein natürliches Erblichkeits-Experiment. Ein junger Mann aus guter Familie wird durch zwei verschiedene Frauen der Ahnherr zweier Linien von Abstammungen. Die eine ist durchweg gute, angelegene, normale Bürger mit fast keiner Ausnahme charakterisiert. Die andere ist charakterisiert durch geistige Defektheit in allen Generationen.

Wir finden auf der guten Seite der Familie hervorragende Leute in allen Lebensstellungen. Nahezu alle 496 Descendenten sind Land- oder Hausbesitzer. Auf der schlechten Seite finden wir 480 Arme, Verbrecher, Prostituierte, Trinker, Beispiele aller Formen sozialen Elends, mit denen die moderne Gesellschaft befaßt ist.

Daraus schließen wir, daß der Schwachsin in weitem Umfange für die sozialen Schäden verantwortlich zu machen ist.

Im Jahre 1866 entdeckte und veröffentlichte ein österreichischer Mönch namens Gregor Mendel ein Gesetz der Vererbung bei gewissen Pflanzen, das, nachdem es nahezu 40 Jahre lang so gut wie unbekannt geblieben war, 1900 wieder entdeckt und seitdem im Hinblick auf eine große Zahl von Pflanzen und Tieren geprüft wurde. Mendel fand, daß bei den Pflanzen gewisse Eigentümlichkeiten bestanden, die er als „gemeinsame Merkmale“ bezeichnete, und die von Eltern auf die Nachkommen in bestimmter Weise übertragen wurden.

Die Gültigkeit dieses Gesetzes stellte sich für viele Pflanzen und Tiere heraus. Seitdem das Studium der Vererbung beim Menschen aufkam, erhob sich nun ganz natürlich die Frage: Läßt sich das selbe Gesetz auf menschliche

Wesen anwenden? Es stellte sich heraus, daß es sich hinsichtlich vieler Eigenschaften, wie etwa Haarfarbe, Albinismus und anderer Eigentümlichkeiten, anwenden ließ. Zuletzt dehnte man die Untersuchung auch auf geistige Eigenschaften aus. Nollanoff hat ganz klar gezeigt, daß das Gesetz im Falle von Geisteskrankheit anwendbar ist, während Davenport und Weeks seine Anwendbarkeit im Falle von Epilepsie klar nachwies.

Unsere eigenen Studien führten uns zu der Ueberzeugung, daß es auch für den Schwachsin Gültigkeit hat. Dieses aus dem Jahre 1912 flammende wissenschaftliche Forschungsergebnis eines amerikanischen Gelehrten beweist die Berechtigung und Notwendigkeit des seit dem 1. Januar 1934 in Deutschland gültigen Sterilisationsgesetzes.

Winterhilfswerk und NS-Volkswohlfahrt

Diesmal möchte ich mich mehr mit meiner eigenen Person beschäftigen, und dann fällt das Schreiben gewöhnlich sehr schwer.

Die bevorstehende Tagung der NSV in Oldenburg hat uns Amtswalter im Lande die hohen Ziele und Aufgaben dieser Organisation in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Das Winterhilfswerk ist nur eine Teilaufgabe der NSV; es geht am 1. April zu Ende, aber dann kommen neue und wichtigere Aufgaben, die auf lange Sicht hin dem Volksganzen dienen sollen.

Und so hat mir die Tagung auch gezeigt, daß eine volle Kraft dazu gehört, als Kreiswalter tätig zu sein, volle Kraft insofern, daß der Kreiswalter nicht einen Hauptberuf haben darf, der ebenfalls Anspannung der ganzen Kraft erfordert. Als Leiter einer großen Schule und als Klassenlehrer einer Klasse von 50 Kindern sehe ich täglich im Zwiepsalt zwischen meinem Hauptberuf und der NSV, und das Ende ist einmal ungenügende Arbeit auf beiden Gebieten und zum andern körperliche und seelische Zermürbung, die die Arbeit noch schlechter werden läßt.

Die neue Zeit verlangt aber auch gerade auf schulischem Gebiete eine starke Aufbaubarbeit in Bezug auf Lehrplan und Unterrichtsweise, der ich mich nicht entziehen kann und darf.

Wir Lehrer müssen neue Schriften durcharbeiten und durchdenken, denn es gilt, die anvertraute Jugend innerlich zum Nationalsozialismus hinzuführen, und das Vermitteln von Wissen wird auch im neuen Staate seine große Bedeutung behalten. Ich merke nun aber in den letzten Monaten, daß ich meine Arbeiten in der Schule einfach nicht so leisten kann, wie es verlangt werden muß, und das macht dann noch trübseliger, und die Kinder sind die Leidtragenden.

Warum gab ich nun in der NSV nicht mehr Arbeiten ab?

Ja, der eine kann das, der andere kann es nicht, und gerade in dieser Sache wird die Hauptarbeit immer an der Leistung hängen bleiben, weil immer wieder einm gegen das andere abgemessen werden muß, weil immer wieder persönliche Fühlungnahme notwendig sein wird.

Ich weiß, daß Frau Gl. als Kreisleiterin der NS-Frauenchaft auch ein Vieh von Arbeit singen kann, zumal sie auch zu denen gehört, die nicht rücksichtslos Arbeit abschließen können.

Warum ich dies schreibe. Mancher wird vielleicht sagen: „Es ist ja alles in schönster Ordnung, Schönpaßt sehr gut dazu, also nur so weiter.“ Nein, es ist nicht alles in schönster Ordnung, es müßte mehr getan werden, das weiß ich selbst am besten, und darum habe ich den Gau gebeten, mich in absehbarer Zeit von meinem Amt als Kreiswalter zu entbinden, sobald ich in Verbindung mit der PD einen Nachfolger gefunden habe.

Die Aufgabe ist dankbar und schön und wird einen Menschen, der sich ihr besser widmen kann, bestimmt befriedigen.

Daß ich mich nicht vor der Arbeit drücken will, weiß jeder, der mich kennt, ich werde auch später gern mit Mund oder Feder helfen, so weit ich kann, aber mein Hauptberuf, der mir lieb ist, verlangt erst die Kraft.

Um dies klar herauszustellen, darum schreibe ich; es ist zugleich eine Bitte um Entschuldigung für viel Veräumltes. Die NSV wird ein ganz wichtiger Faktor im Staate Adolf Hitlers werden, und ich glaube sicher, daß das Amt eines Kreiswalters noch einmal ein Lebensberuf werden wird. Man erwartet, daß unser Kreis im Laufe dieses Jahres mindestens 1000 Mitglieder der NSV stellen wird. Es soll eine Organisation werden, die viel umfassender ist als die politische Partei, mit der sie in enger Fühlung stehen soll.

In aller nächster Zeit soll der ganze Gau durchorganisiert werden, und darum bitte ich gerade jetzt um Befreiung, damit ein Kreiswalter mit frischer Kraft seine Aufgabe beginnen kann.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Elsteth, den 20. Januar 1934

Tages-Zeiger

○-Aufgang: 8 Uhr 31 Min. ○-Untergang: 4 Uhr 46 Min

Schwaßer:

6.40 Uhr Vorm. — 6.23 Uhr Nachm

21. Januar: 6.29 Uhr Vorm. — 7.03 Uhr Nachm.

22. Januar: 6.20 Uhr Vorm. — 7.45 Uhr Nachm.

* Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. Am Freitag hat der neue Lehrgang unserer Sanitätskolonne begonnen. Die Zahl der älteren und jüngeren Leute, die an der Ausbildung teilnehmen, ist erfreulich groß.

* Das Elsflether Jungvolk marschiert jetzt mit 200 Jungens. Vorige Woche wurden sie eingeteilt in 2 Pzäntlein. Ein Pzäntlein hat seinen Standort in Elsfleth gehalten, die Neuenfelder und Wiener Jungens gehören zum Pzäntlein Vienen.

* Sonntag spielte die Mannschaft des Jungvolks in Deichshäufen Fußball. Durch das schlechte Wetter wurde das Spiel außerordentlich ermüdet. Diesmal hatte die Mannschaft großes Pech. Während sie sonst immer führte, mußte sie sich an dem Tag eine Niederlage von 6:2 für Deichshäufen gefallen lassen. Anschließend nahmen die Jungens an einem Heimnachmittag teil, so daß sie sich da noch die nötigen Kräfte für die Rückfahrt sammeln konnten.

* Neue Uferbefestigungsarbeiten an der Weser. Die preussische, bremische und oldenburgische Regierung haben ein Abkommen getroffen, auf Grund dessen vom 1. Januar 1934 ab der strom- und schiffahrtspolitische Außendienst auf der Weser unterhalb des Bremer Wehres im Bereiche der Reichswasserstraßenverwaltung den Beamten der Reichswasserstraßendirektion Bremen übertragen wurde. Ausgenommen sind der Warflehner Arm, die Westergate (sog. kleine Weser) mit ihren Verbindungsarmen zur Weser (der Rövergate und Refumer Voh), die Schweißburg und der rechte Nebenarm. Auch in diesem Jahre werden von der Westerkorrekturen wieder Uferbefestigungsarbeiten in großem Ausmaße ausgeführt werden. Insgesamt 240 000 laufende Meter Söhlengespähle und 41 000 Kubikmeter Laubhölz werden als Material Verwendung finden. Es handelt sich bei diesen Uferbefestigungsarbeiten um überliegenden Teile um Söhlengespähle, die für die Erhaltung des Schiffahrtsweges ebenso notwendig sind wie die Baggararbeiten.

* Januar-Reichswahlfabrikhilfe für Oldenburg. Trotzdem sich die Wahlfabrikanten im Januar 1934 gegenüber dem Dezember 1933 um etwa 2,5 Millionen RM verringert haben, hat sich der Reichsfinanzminister jedoch bereit erklärt, denselben Reichsbeitrag für Januar auszuschießen wie für Dezember. Diese Summe erhöht sich aber noch um den Betrag der Sonderhilfe für die als „Mehrbestand“ bei den einzelnen Bezirksfördervereinen registrierten Wahlfabrikempfänger. Die Reichsmittel werden den Ländern und Gemeinden in drei gleichen Raten überwiesen. Der Freistaat Oldenburg zählte am 30. November 1933, dem Stichtag, als Berechnungsgrundlage 3348 Wahlfabrikermehrbestände, was ein Mehr von 118 gegenüber dem 31. Oktober 1933 ist. Oldenburg erhält somit wieder den Dezember-Anteil von 64 228 RM, zuzüglich der Sonderhilfe in Höhe von 1654 RM. Von der Gesamtsumme gehen 20 v. H. an den Ausgleichsfond. Es erhalten (in 100 v. H.) Delmenhorst 5200 RM (4500 RM), Löhde 20 300 RM (gleichbleibend), Werfemarshof 15 800 RM (gleichbleibend), Oldenburg 9100 RM (gleichbleibend), Jbar-Oberstein 5980 RM (5000 RM), Friesland 3900 RM (gleichbleibend), Nörthingen 3300 RM (gleichbleibend), Ammerland 288 RM (gleichbleibend), Cloppenburg 377 RM (gleichbleibend), Herrlein 825 RM (gleichbleibend), Wirtensfeld 427 RM (gleichbleibend), Bedsta 169 RM (gleichbleibend) und Nohfelden 29 RM (8 RM).

* Verbrauchergemeinschaften sollen nicht behindert werden! Der Reichswirtschaftsminister hat an die Länderregierungen und an die Deutsche Arbeitsfront ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die vielfach zutage tretende Behinderung von Zusammenkünften der Verbrauchergemeinschaften wendet, die in Baden auf Veranlassung der NS-Diogen von der Regierung verboten worden seien mit der Begründung, daß es sich um unzulässige Werbung und um unlauteren Wettbewerb handele. Der Minister betont, daß gegen die gemeinschaftliche Zusammenarbeit in der Form der Abhaltung von Zusammenkünften der Mitglieder und ihrer Familien grundsätzlich keinerlei wirtschaftspolitische Bedenken zu erheben sind, insbesondere aber dann nicht, wenn diese Zusammenkünfte dazu benutzt werden, um die Mitglieder und ihre Familien auch bei dieser Gelegenheit mit dem nationalsozialistischen Gedankengut vertraut zu machen. Daß gegen den Fortbestand der Verbrauchergemeinschaften politische Bedenken nicht bestehen, habe das Reichskabinett bereits zum Ausdruck gebracht. Um so unverständlich wäre es, den Austausch nationalsozialistischen Gedankengutes und die Gelegenheit der Erziehung bestimmter sonst schwer erreichbarer Volksschichten in nationalsozialistischem Fühlen und Denken gerade im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Gemeinschaftsarbeit zu verbieten oder zu verhindern. Der Minister betont, daß es sich bei den Gemeinschaften im allgemeinen und den Verbrauchergemeinschaften im besonderen im Gegensatz zu den Warenhäusern um lebendige, aus dem Volk heraus gemachte Organisationen handele, denen die gemeinschaftliche Gemeinschaftsarbeit wesens-eigen sei. Dieses lebendige Gebilde im deutschen Volk und Wirtschaftsleben darf schon mit Rücksicht auf die großen hier zusammengefaßten Bevölkerungsmassen und die dort verankerten finanziellen und wirtschaftlichen Interessen gerade der wirtschaftlich schwächsten Volksteile nicht durch ein Verbot befallt, sondern soll mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus durchdrungen und damit der Volksgemeinschaft dienlich gemacht werden.

* Das Reststück des Küstkanals auf oldenburgischem Gebiet in der Nähe von Campe wird jetzt auch fertiggestellt, um bei Vollendung des Küstkanals auf der Strecke Campe—Dörpen auf preussischem Gebiet den Betrieb auf der ganzen Länge des Küstkanals eröffnen zu können. Bei Campe ist noch ein Reststück von etwa 100 Metern Länge deshalb nicht ausgebaut worden, weil zunächst der Sagger-Müsl-Düker für die dort vorhandene Döge angefertigt werden mußte und dessen Bau bisher immer wieder hinausgeschoben wurde. Jetzt ist nun die Verbindung des Dükerbaues von der Wasserbaubehörde des Ministeriums des Innern öffentlich ausgeschrieben worden. In der Hauptfache handelt es sich um Erd-, Eisenbeton- und Maurerarbeiten. Die Bodenbewegung beträgt 26 000 Kubikmeter Erde. Zu liefern sind ferner 1200 Kubikmeter Eisenbeton einschließlich der Materialien und 600 Kubikmeter Mauerwerk, wozu die Steine vom Staat geliefert werden.

* Gießerei-Neuene. Ueber den Nutzen und Schaden des Maulwurfs ist man geteilter Meinung. Wenn er auch für die Wiesen und Weiden wegen Auflockerung des Bodens und Verteilung von Engerlingen

durchweg als nützlich anzupreisen ist, so sehen ihn die Neuenfelder Landwirte in diesem Jahr doch nicht gern auf ihren Ländereien, da die Mäuse bereits in überreichlichem Maße für Ausfresser sorgfältig haben. Allgemein begrüßt wird es daher, daß einige Neuenfelder sich als Maulwurfsjäger betätigen. Oft gelingt es diesen am Tage 30 bis 40 dieser Erdwörter zu fangen. Die Felle, die äußerlich abgezogen, gespart und getrocknet werden, sind ein begehrter Artikel der Leipziger Kürschner, die sie je nach Qualität, das Stück mit 10 bis 15 Mfg. bezahlen.

* Brate. Nach einem Bericht des Wasserbauamts Brate stand seine Tätigkeit im Jahre 1933 ganz im Zeichen des großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Zunächst wurde die Sommerbedeckung der zum Staatsgut gehörigen Weserinsel gegenüber Hammelwarden in Angriff genommen. Täglich wurden hier 80—100 Arbeiter aus den Gemeinden Brate und Delmenhorst beschäftigt. 66 000 Kubikmeter Erde wurden bewegt. Anfang Dezember war die 5 Km. lange Deichstrecke nach rund 12 000 Arbeitstagen fertig. Das Land soll an Siedler aufgeteilt werden. Eine ähnliche Maßnahme stellt die Eindeichung des ebenfalls zum Staatsgut gehörigen Langwarder Grodens dar, wo rund 200 Hektar vor dem blanken Hans geschickt und zu Ackerland gemacht werden können. Hier wurden 325 000 Kubikmeter Erde bewegt und 90 000 qm Sodan abgedekt. Im Hochbetrieb wurden etwa 800 Arbeitseule aus den Gemeinden Nordenham, Abbehausen und Burchage beschäftigt. Bei Letztem und Beckmanns wurden Landgewinnungsarbeiten ausgeführt. Von Wasserbauingenieurarbeiten wurden ausgeführt die Reitanlage am Wadener Deich, die Deicherhöhung bei Beckmannseld und Schwarberhöfde, die Deicherhöhung an dem rechten Ufer der Hunte von Sunterbück bis zur Weser, die in 17 000 Tagewerken von rund 200 Erwerbslosen aus Delmenhorst und Siedingen geleistet wurden. Weitere umfangreiche Arbeit gaben die Aufreinigung von Seelägen, Kanälen und Gräben, die in den nächsten Jahren fortgesetzt wird. Weiter ist zu erwähnen der Neubau des Seiles der Neuenhüter-Sielacht und ferner wird durch die Errichtung eines Pumpwerkes mit einem Aufwand von rund 40 000 RM in der Debedorfer Sielacht eine Fülle von rund 1000 Hektar von den dauernden Ueberflutungen befreit und einer intensiveren Ausnutzung zugeführt. Zu all diesen Arbeiten kommt noch die Verbesserung der Brate Anlagen, die etwa eine halbe Million RM beansprucht. Die Gesamtkosten aller ausgeführten einzelnen Baumaßnahmen belaufen sich auf 1 825 000 RM; die Gesamtzahl der Tagewerke auf den Baustellen beträgt etwa 180 000.

* Brate. 1000 SA-Leute werden verpflichtet. Am Mittwochabend fand die feierliche Verpflichtung von etwa 1000 SA-Leuten der Standarte 10 statt. Diese 1000 SA-Leute haben ihre Köpfe und ihre Treue in dem letzten halben Jahr bewiesen und konnten daher am Mittwochabend verpflichtet werden. Sie konnten eingeführt werden in die große Kameradschaft der SA. Bei der Vereinerung trat der Ehrensturm an der 8. Fahnen der Standarte 10 unter den Klängen der Standartenkapelle und des Spielmannszuges durch die Stadt zum Central-Hotel brachte, natürlich unter großer Anteilnahme der Bevölkerung. Im Saal des Central-Hotels waren 1000 SA-Leute angetreten, die Galerien waren überfüllt von Zuschauern. Unter Scheinwerferlicht wurden die 8 Fahnen der Standarte unter dem Wabenweiser-Marsch heringetragen. Die Stimmung war sehr feierlich, als im Lichte die Fahnen auf der Bühne aufgestellt genommen hatten. In der Mitte der Bühne — vor einem Galenkreuzbanner — war das Bild des Führers aufgestellt, von frischen Blumen umkränzt. Die Festrede hielt der Kreisleiter Jöbelen aus Gießfeld, der mit großer Begeisterung die über 1000 SA-Leute und die Zuschauer in seinen Bann zu ziehen vermochte dank seiner kernigen, soldatischen Rede. Er führte etwa aus: Das Kameradschaftsgefühl, das unsere alten Kämpfer und Frontsoldaten aus dem Weltkrieg herübergebracht hatten, sei auch die Kameradschaft der SA. Nur durch das enge Zusammenleben könne eine wahre Volksgemeinschaft erproben. Man müsse nur an die alten Kämpfer denken, die in uneigennützigster Weise Geld und Blut aufs Spiel gesetzt hätten aus Liebe zu Deutschland und zu ihrem Führer. Wenn nicht unsere alten Kämpfer den gefallenen Kameraden die Treue bis zum Tode gehalten hätten, wäre heute noch nicht der große Sieg erlangt worden. Eiserne Ruhe herrichte nach dieser zündenden Rede, alles lauschte gebannt, 1500 Menschen: deutsche Volksgenossen fühlten mit dem Redner; es war eine wahre Gemeinschaft. So recht paßte das Lied „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“ in diese Stimmung. Schweigend nahmen 1000 SA-Leute die feierliche Stunde in sich auf. Dann nahm der Standartenführer Strenge das Wort und betonte, daß nun die große Stunde gekommen sei, wo die Anwärter als volle SA-Männer in der großen Gemeinschaft wirken können. Es sei eine Wendung im Leben des einzelnen. 1/2 Jahr Probezeit seien vorüber, und sie hätten bewiesen, daß sie Vertrauen zum Führer hätten. Es sollte heute die Verpflichtung für den Führer und für die nationalsozialistische Fahne vorgenommen werden. Unter dem Riede „Ich hab' mich ergeben“ mußte jeder Anwärter die Fahne des Oldenbrocker Sturmes berühren. Die Fahnen wurden von dem Ehrensturm und von der Bevölkerung wieder fortgebracht.

* Oldenburg, 18. Januar 1934. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Ferkel- und Schweinemarkt. Lustrie: Insgesamt 548 Tiere, nämlich 518 Ferkel und 30 Käuferflehmeine. Es folgten das Stück der Durchschnittsqualität: Ferkel, bis 6 Wochen alt 8.00—11.00 RM Ferkel, 6—8 Wochen alt 11.00—14.00 „ Ferkel, 8—10 Wochen alt 14.00—17.00 „ Käuferflehmeine, 3—4 Monate alt 20.00—26.00 „ Käuferflehmeine, 4—6 Monate alt 26.00—33.00 „ Größere Käuferflehmeine entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen wurden über, geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Ruhig.

* Oldenburg. Eine erneute Warnung möge ein Urteil gegen den 37jährigen Arbeiter Karl Meyer, wohnhaft in Delmenhorst, für Personen sein, die in leichtfertigerweise beleidigende Äußerungen über die Reichs-

regierung bzw. eines ihrer Mitglieder aussprechen glauben zu dürfen. Auch in diesem Falle handelte es sich um den Reichstagsbrand. M. befindet sich jetzt in Schußhaft. Er gehörte früher zur Kommunistischen Partei, hat sich allerdings dabei nicht besonders hervorgetan. Er ist schwertrugsfähig. Die Beleidigung geschah in Gegenwart mehrerer Zeugen am 9. November vor dem Arbeitsamtsgebäude in Delmenhorst. Der Angeklagte ist gefändigt, weiß nicht, wie er zu der Bemerkung gekommen ist und will sie nur wenig laut gemacht haben. Die Zeugen haben es aber förmlich deutlich gehört. Sie geben ihm im übrigen das Zeugnis eines ordentlichen Menschen, der niemals Gewalttätigkeiten gesehen sei. Der Staatsanwalt beantragt in Rücksicht auf die schwere Kriegsverletzung des Angeklagten und seine sonstige Persönlichkeiten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis. M. trat die Strafe sofort an.

* Rastbe. Auf Grund der Anordnung des Ministers des Innern, wonach böswillige Steuerverweigerer mit Haft im Konzentrationslager bestraft werden sollen, ist vom Amtshauptmann des Amtes Ammerland gegen einen Kaufmann in Rastbe die Ueberführung ins Konzentrationslager angeordnet worden.

* Bönigen. Bei der Wäsche verlor eine Frau Wessels aus N. ihren Trauring; dieser war trotz allen Suchens nicht wiederzufinden. Jetzt, nach 25 Jahren, fand man diesen wieder, und zwar — in einer Sammelblüde in einer Kirche. — Man vermutet, daß der Ring 31. gefunden und vom Finder nicht abgeliefert worden ist. Wahrscheinlich hat der damalige Finder sich jetzt des Fundes dadurch entledigt, daß dieser den Ring in die Sammelblüde der Kirche steckte.

* Canhausen. Ein 100jähriger Ostfries. Ostfriesland ist stets als das Land der alten Leute gepriesen worden, denn sonst nirgendwo werden so viele hohe Alter erreicht wie in unserer Heimat. Das beste Beispiel dafür liefert jetzt wieder der Bauer L. H. Tammens, der im Mai dieses Jahres 100 Jahre alt wird. Wie rüstig der alte Herr ist, beweist die Tatsache, daß er heute noch das Amt eines Standesbeamten und Schiedsmannes ausübt und in seinen Wunschstunden sogar Klavier spielt.

Januar-Pfundsammlung des Winterhilfswerks
Heute denkt die Gießfelder Hausfrau an ihr Pfundspende!
Ablieferung durch die Geschäftsleute am Montag dem 22. Januar

Ist dieses Jahr auch wieder eine Maskerade im „Tivoli“?

Kirchliche Nachrichten. Die noch vorrätigen Sonntag, den 21. Januar 10 Uhr: Gottesdienst 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst
Zu mieten gesucht eine kleine Unter- oder Oberwohnung für alleinlebende Person. Nachzutr. in der Geschäftsstelle
Gesucht auf sofort ein jüngeres, erfahrenes Stundenmädchen Meldungen in der Geschäftsst.

Die noch vorrätigen Winterhüte gebe zu äußerst herabgesetzten Preisen ab

Martha Gehl C. C.
Heute, Sonnabend
Es ladet freundlichst ein R. Peterek

Parole
für Sonnabend, den 20. Januar 1934, abends 8 Uhr:
„Lindenhof“
Brigade Ehrhardt im Verbands der 55
Verbandsgruppe Oldenburg
Karten: im Vorverkauf RM 1.00, an der Abendkasse RM 1.20

Tivoli-Tonlichtspiele
Sonntag, den 21. Januar, 20 1/2 Uhr
Die Fahrt ins Grüne
Das entzückende neue Ufa-Lustspiel voll Humor, Tempo und Laune mit glänzender Darstellung und reizender Musik
H. Thimig, Fritz Kampers Ufa-Tonwoche
Jugendliche haben Zutritt
Nachm. 3 Uhr: Jugend-Zutritt